

US-Gesundheitsminister Robert F. Kennedy am 10.1.26 über X, Namen Warken berichtet am 12.1.26 <https://x.com/i/trending/2010010516606132395>

Ich bin Robert F. Kennedy Jr., Gesundheitsminister der Vereinigten Staaten. Heute möchte ich Sie über einen Brief informieren, den ich soeben an die deutsche Bundesgesundheitsministerin Nina Warken gerichtet habe. Denn was sich derzeit in Deutschland abspielt, erfordert eine klare öffentliche Reaktion der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ich habe erfahren, dass inzwischen mehr als 1.000 deutsche Ärztinnen und Ärzte sowie Tausende ihrer Patientinnen und Patienten strafrechtlicher Verfolgung und Bestrafung ausgesetzt sind, weil sie während der Pandemie Befreiungen von der Maskenpflicht oder von COVID-19-Impfungen ausgestellt haben. Wenn ein Staat beginnt, Ärztinnen und Ärzte dafür zu kriminalisieren, dass sie ihre Patienten beraten, überschreitet er eine Grenze, die freie Gesellschaften seit jeher als unantastbar betrachten.

In meinem Schreiben habe ich dargelegt, dass Deutschland gezielt Mediziner verfolgt, die ihre Patienten an erste Stelle gestellt haben, und zugleich Bürger dafür bestraft, dass sie eigenständige medizinische Entscheidungen getroffen haben. Die deutsche Regierung verletzt damit das heilige Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient und ersetzt es durch ein gefährliches System, in dem Ärztinnen und Ärzte zu Vollstreckern staatlicher Vorgaben werden.

In einem solchen System steht nicht länger die Gesundheit des einzelnen Patienten im Mittelpunkt ärztlichen Handelns. Stattdessen dienen Ärztinnen und Ärzte dem sogenannten Wohl des Kollektivs – definiert von nicht gewählten Technokraten ohne medizinische Ausbildung. Die Gefahren dieses Ansatzes liegen offen zutage. Keine Demokratie, die auf Vertrauen und Transparenz gründet, sollte diesen Weg einschlagen.

Patientinnen und Patienten müssen jederzeit die Freiheit haben, persönliche medizinische Entscheidungen ohne Zwang und ohne politischen Druck zu treffen. Dieses Prinzip bildet das Fundament jeder demokratischen Gesellschaft. Doch die Berichte aus Deutschland zeigen eine Regierung, die die Autonomie der Patienten systematisch zurückdrängt und Menschen daran hindert, bei medizinischen Entscheidungen ihren eigenen Überzeugungen zu folgen.

Während der COVID-Zeit haben Regierungen weltweit ihre Machtbefugnisse ausgeweitet. Auch in den Vereinigten Staaten wurden Ärztinnen und Ärzte zu Unrecht angegriffen, weil sie den offiziellen Kurs infrage stellten. Deutschland ist einem ähnlichen Muster gefolgt – mit der Folge, dass Mediziner, die Fragen stellten oder behördliche Vorgaben kritisch hinterfragten, nun Verurteilungen, den Entzug ihrer Approbation und sogar die faktische Verbannung aus ihrem Beruf erleiden.

Viele dieser Ärztinnen und Ärzte haben erhebliche persönliche und berufliche Risiken auf sich genommen, weil sie davon überzeugt waren, dass ihre Pflicht gegenüber ihren Patienten dies erforderte. Sie haben in einem Moment an ihrem hippokratischen Eid festgehalten, in dem staatliche Institutionen strikte Konformität statt Gewissensfreiheit verlangten.

Solche Maßnahmen untergraben das Vertrauen der Bevölkerung. Sie beschädigen die Glaubwürdigkeit medizinischer Einrichtungen ebenso wie die der rechtlichen Systeme, die eigentlich dem Schutz der Bürger dienen sollen. Wenn Entscheidungen aus Angst statt

aus offenem Dialog heraus getroffen werden, zahlen Gesellschaften dafür noch lange Zeit später einen hohen Preis.

Genau deshalb fordere ich die deutsche Regierung auf, diesen Kurs zu korrigieren: die laufenden Strafverfahren zu beenden, zu Unrecht entzogene Approbationen wiederherzustellen, Ärztinnen und Ärzte nicht länger zu bestrafen, die in gutem Glauben und mit Integrität im Interesse ihrer Patienten gehandelt haben, und den Menschen in Deutschland zu erlauben, ihre medizinischen Entscheidungen selbstbestimmt und informiert zu treffen.

Deutschland genießt seit Langem hohes Ansehen in der internationalen Gemeinschaft als ein Land, das sich demokratischen Werten und den Menschenrechten verpflichtet fühlt.

Politiken, die Dissens unterdrücken, Meinungsfreiheit zum Schweigen bringen und medizinische Entscheidungsfindung kriminalisieren, untergraben dieses Erbe.

Eine selbstbewusste Regierung hört ihren Bürgern zu. Eine freie Gesellschaft schützt das Recht zu denken, das Recht zu hinterfragen und das Recht zu wählen. In meinem Brief habe ich deutlich gemacht, dass Deutschland sowohl die Möglichkeit als auch die Verantwortung hat, diesen Kurs zu korrigieren: die medizinische Autonomie wiederherzustellen, politisch motivierte Strafverfolgung zu beenden und jene Rechte zu wahren, auf denen jede demokratische Nation gründet.

Die Geschichte wird festhalten, wie politische Verantwortungsträger in Momenten wie diesen gehandelt haben. Vielen Dank.